Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich außer Sonn- und Festtags.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 20 (Familienanzeigen und Vereinsanzeigen Gebührlinger 15), auswärts 25, für die 90 mm breite Reklamezeile 60, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12295.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Sachsen, Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue (Löhnitz), Schneeberg, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt, der Stadträte in Grünhain, Löhnitz, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.

Fernsprecher: Aue 31 und 91. Löhnitz (Amt Aue) 440. Schneeberg 10. Schwarzenberg 3316. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Löhnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 117. Freitag, den 20. Mai 1932. 85. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Ueber das Vermögen des Elektroinstallationsmeisters Herbert Fritz Titz in Schwarzenberg, Vorstadtstr. 2 (Elektr. Installationsgeschäft und Vertrieb einschläg. Artikel) wird heute am 19. Mai 1932, nachm. 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Dr. Goldhahn in Schwarzenberg wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 12. Juni 1932 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen

auf den 22. Juni 1932, vorm. 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 10. Juni 1932 anzeigen. K 17/32.

Das Amtsgericht zu Schwarzenberg.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung in Aue

Montag, den 23. Mai 1932, nachmittag 6 Uhr (18 Uhr)

im Stadtverordnetensitzungssaale.

Tagesordnung: 1) Kenntnisnahmen. 2) Einspruch des Gesamtrates gegen den ablehnenden Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums in Sachen der Entschädigung für die Kantorwohnung. 3) Ersuchen der Nat.-Soz.-Stadtv.-Fraktion wegen Beflaggung des Stadthauses. 4) 44. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung, betr. Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer. 5) Richtigsprechung der Rechnung der Ziegeleikasse auf 1928/29. 6) Desgl. der Rechnung der Ziegeleikasse auf 1930/31. 7) Anträge der kommunistischen Stadtverordneten-Fraktion, Erleichterung der Lasten der Häuser von Kinderreichen betr.

„13 Millionen fordern, daß es anders wird."

Nationalsozialistische Richtlinien für den Kurs in Preußen.

Als erste der Fraktionen des neu gewählten preußischen Landtages hat sich am Donnerstag nachmittag die nationalsozialistische in ihrer vollen Stärke von 162 Mann versammelt. Die Fraktionssitzung fand in einem Berliner Hotel in unmittelbarer Nähe des preußischen Landtages statt. Hierfür dürfte der Wunsch Hitlers, der diese erste Tagung persönlich leitete, maßgebend gewesen sein. Denn der Führer der NSDAP. hat bisher stets das Betreten des Parlamentes vermieden. Die Richtlinien, die Hitler der Preußenfraktion für ihre politische Arbeit gegeben hat, waren in ihren Grundzügen deutlich und klar. Daß die NSDAP. gegenüber dem Zentrum nicht sehr kompromißfreudig ist, geht auch aus den zahlreichen Presseäußerungen hervor, die der Führer der nationalsoz. Landtagsfraktion Kube in diesen Tagen getan hat. Kube wendet sich scharf gegen das Zentrum und betont, daß die Hauptaufgabe der kommenden preußischen Politik nicht so sehr in der Regelung der finanziellen Fragen liege, als vielmehr in der unbedingt erforderlichen Säuberung der Verwaltung, der Polizei, der Schule und der Justiz von ungeeigneten Elementen. Es liegt auf der Hand, daß die Nationalsozialisten scharf mit dem Zentrum zusammengeraten müssen, sobald es sich ernsthaft um die Frage des Parteibuchbeamtentums dreht.

Die Formalien für die erste Sitzung des neuen Landtages am kommenden Dienstag, die von dem nationalsozialistischen Alterspräsidenten, General a. D. Litzmann, geleitet worden wird, stehen bereits fest. Die Sitzung wird nur von kurzer Dauer sein und hauptsächlich der Konstituierung des Aeltestenrates dienen. Zu welchem Zeitpunkt die Präsidentenwahl angesetzt wird, ist noch ungewiß. Der Landtagspräsident ist in Preußen keine rein dekorative Figur, sondern er hat zusammen mit dem Ministerpräsidenten und dem Staatsratspräsidenten das Recht, über die Landtagsauflösung zu beschließen. Neuerdings wird mit besonderem Nachdruck betont, daß das Zentrum niemals den Nationalsozialisten zwei dieser Posten und damit die Mehrheit im Drei-Männer-Kollegium überlassen werde.

Das große Rätselraten geht jetzt in erster Linie um die Frage, wie sich die Kommunisten zu dem zu erwartenden nationalsoz. Antrag auf Wiederherstellung der alten Geschäftsordnungsbestimmungen stellen werden. In nationalsoz. Kreisen hofft man, daß die Kommunisten durch Stimmenthaltung oder Nichtbeteiligung an der Abstimmung die Wiederherstellung des alten Zustandes ermöglichen würden, demzufolge der preußische Ministerpräsident in der zweiten Wahl durch relative Mehrheit gewählt werden kann. Wäre dies der Fall, dann könnte man mit einiger Sicherheit darauf rechnen, daß ein Nationalsozialist auf diesen Posten kommt, auch wenn er nachher durch die Parlamentsmehrheit einschließlich der Kommunisten wieder gestürzt werden könnte. In diesem Fall hätten die Nationalsozialisten die geschäftsführende Regierung in der Hand und würden wahrscheinlich sofort zu einer Auflösung des Landtages schreiten.

* * *

Keine Koalitionen.

Berlin, 19. Mai. Der Pressedienst der Nationalsozialisten gibt folgende Erklärung bekannt:

Die nationalsozialistische Fraktion des neuen Preußischen Landtages trat am Donnerstagvormittag zu ihrer konstituierenden Sitzung in Berlin zusammen. Die Fraktionssitzung, die um 11½ Uhr im Hotel Prinz Albrecht begann, stand im Zeichen der Anwesenheit Adolf Hitlers. Auf das stürmischste begrüßt von den 162 neugewählten preußischen Abgeordneten der nationalsozialistischen Bewegung nahm der Führer sofort nach seinem Eintreffen das Wort, um in einstündiger Rede die großen politischen Richtlinien für den Preußenkampf der Fraktion bekanntzugeben und festzulegen. Adolf Hitler ging auf die aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik ein und führte dann weiter aus, die nationalsozialistische Bewegung, die heute Deutschland sei und die Zukunft der Nation in Händen halte, wisse, was sie der deutschen Geschichte schuldig sei. Die nationalsoz. Bewegung habe nicht 13 Jahre gekämpft, um die Politik des heutigen Deutschland in irgend welchen Koalitionen fortzusetzen. Sie sei sich der Verantwortung vor ihren 13 Millionen Wählern bewußt, deren Wille es sei, daß es anders werde. Der Kampf werde nicht geführt, um Ministerposten zu besetzen oder um jeden Preis in eine Regierung einzutreten. Gegenüber den guten Ratschlägen unserer parteipolitischen Gegner, erklärte Adolf Hitler, daß wir eine Instanz zur Prüfung unserer Regierungswürdigkeit in Deutschland außer uns selbst nicht anerkennen. Wir haben in Preußen heute die stärkste Position inne, die jemals eine Partei gehabt hat. Es gibt in Preußen keine Regierung, die wir nicht wollen. Unsere Preußenfraktion ist im Augenblick eins der stärksten Instrumente der Bewegung, es ist die Gruppe, mit der die Endschlacht geschlagen werden kann. Die NSDAP. wird ihre Politik nur von eiskalten Ueberlegungen leiten lassen. Die Hoffnung unserer Gegner, daß wir die Nerven verlieren würden, ist trügerisch.

Hitler schloß mit einem Appell an die Fraktion zu zähester Arbeit und Pflichterfüllung für die Bewegung und damit für die ganze Nation. Er sprach der Fraktion und ihrer Führung sein vollstes Vertrauen aus und verpflichtete jeden einzelnen der Abgeordneten durch Handschlag. Nach einem Dank des Fraktionsführers Kube verließ Hitler unter großen Ovationen die Fraktionssitzung, um sich in den oldenburgischen Wahlkampf zu begeben.

•

Gründliche Säuberung.

Berlin, 19. Mai. Im „Nationalsoz. Pressedienst" äußert sich Abg. Kube, der Führer der preußischen Landtagsfraktion, über die dringendsten Aufgaben des neuen Preußischen Landtages folgendermaßen:

Der neue Landtag hat außerordentlich bedeutsame Aufgaben zu lösen. Im Vordergrund steht nicht — wie man es von gewisser Seite wahr haben will — die Regelung der preußischen Finanzen, sondern die Regelung des deutschen Rechts in Preußen und die Säuberung der Verwaltung, der Polizei und der Schule von ungeeigneten Elementen.

Die preußischen Finanzsorgen leiten sich aus dem Unvermögen des Reiches her, die für die Länder im Finanzlastenausgleich vorgesehenen Summen zur Verfügung zu stellen. Die Regierung Brüning hat stärker als irgendeine ihrer Vorgängerinnen seit dem November 1918 die finanzielle Stellung der Länder in Frage gestellt. Alle Sparsamkeitsmaßregeln der Länder gehen in den letzten Jahren auf Kosten der mittleren und unteren Beamten, der Staatsangestellten und der Staatsarbeiter und gleichlaufend damit auf Kosten der Gemeindeverwaltungen. Hier gibt es eine Grenze, die wir Nationalsozialisten aus Gründen sozialistischer Gerechtigkeit nicht überschreiten wollen. Den Zermürbungsfeldzug Stegerwalds gegen das Berufsbeamtentum lehnen wir ab.

Selbstverständlich verlangen wir schärfste Sparsamkeitsmaßnahmen, besonders gegenüber den unerhörten Spitzengehältern der Minister, der Oberbürgermeister, der Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten, Regierungspräsidenten, Ministerialdirigenten und der Ministerien in ihrem Leerlauf überhaupt. Die Regierungsvizepräsidenten in Preußen sind die überflüssigste Einrichtung, die man sich denken kann und die nur dem Kuhhandelsbedürfnis der Koalitionsparteien ihr hochbesoldetes Dasein verdanken. Diese Gehälter werden wir aus dem Haushalt streichen.

Kube betont dann weiter, daß sich seine Fraktion insbesondere einer Vereinigung der Rechtspflege widmen werde. Sie werde einen Untersuchungsausschuß einsetzen, der sich auf Grund des von Gottfried Zarnow in den beiden Bänden der „Gefesselten Justiz" gesammelten Materials gründlich mit den preußischen Justizmethoden auseinandersetzen werde. Nach scharfen Angriffen auf die Personalpolitik des preußischen Justizministeriums erklärte Kube, daß der Minister dankbar sein werde, wenn man in die Personalpolitik seines Ministeriums einmal gründlich hineinleuchte, zumal der Minister als alter Berufsrichter das saubere Rechtsempfinden habe, das den preußischen Richter von jeher auszeichne.

Kaum glaublich.

Gehaltsraten für die Wahlpropaganda des Hindenburg-Ausschusses?

Berlin, 19. Mai. Der „Fridericus" veröffentlicht ein Schreiben, das während des Wahlkampfes zur zweiten Reichspräsidentenwahl die Zentralstelle der Kampfbewegung für Hindenburg, der Sahm-Ausschuß, an den Oberbürgermeister der Stadt Altona „streng vertraulich" gerichtet haben soll. Dieses Schreiben klagt darüber, daß die Wahlpropaganda für den Reichspräsidenten so große Summen verschlungen habe, daß die Kassen zur Zeit erschöpft seien. Dann heißt es wörtlich weiter: „Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler habe ich mich daher an eine Reihe größerer Gemeinden gewandt und um sofortige Ueberweisung jeden Betrages, der nur irgendwie freigemacht werden kann, gebeten. Mir ist aus unserem Telephongespräch bekannt, daß die für Ihre Beamten am 11. d. M. fällige Gehaltsrate bereit liegt. So sehr ich die Mißlichkeit Ihrer Situation begreife, so drängt es mich, doch nochmals nachdrücksichst darauf hinzuweisen, daß für uns alle alles von einem Siege des Generalfeldmarschalls abhängt. Sie sind zur sofortigen Ueberweisung von 200000 Reichsmark in der Lage — mit dem gleichen Betrage hat sich die Stadt Köln der Aktion angeschlossen —, und ich ersuche Sie im Auftrage der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse und nach Rücksprache mit dem Herrn Reichskanzler, diesen Betrag unverzüglich auf unser Konto zu überweisen.

Der „Fridericus" fragt nun, ob dieses Rundschreiben echt sei oder eine Fälschung darstelle. Selbstverständlich kann es nur im dringendsten öffentlichen Interesse liegen, diese Angelegenheit so schnell wie möglich völlig restlos zu klären.

Lärmszenen im Braunschweigischen Landtag

Braunschweig, 19. Mai. Im Landtag stand heute ein Antrag der nationalsoz. Fraktion zur Debatte, in dem das Staatsministerium ersucht wird, unverzüglich beim Reichspräsidenten und der Reichsregierung Einspruch gegen das Verbot der Organisationen der NSDAP. zu erheben. In der Debatte kam es wiederholt zu Lärm- und Tumultszenen. Als die Verhandlung mehrfach durch Kundgebungen der Tribüne gestört wurde, ließ der Präsident die Tribüne räumen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde der nationalsoz. Antrag angenommen. Ferner wurde ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bürgerliche Einheitsliste angenommen, worin die Regierung ersucht wird, bei der Reichsregierung unverzüglich Schritte zu unternehmen, die Reichsbank zu veranlassen, der durch die Osthilfe nicht geschützten deutschen Landwirtschaft und damit auch den schwer um ihre Existenz ringenden Braunschweiger Betrieben kurzfristige Kredite zur Vorbereitung und Durchführung der diesjährigen Ernte zu gewähren.

Berlin, 19. Mai. Das Reichskabinett, das heute nachmittag eine etwa zweieinhalbstündige Sitzung abhielt, wird erst morgen abend wieder zusammentreten. In Vorbereitung der nächsten Sitzung werden im Laufe des morgigen Tages Chef- und Ressortbesprechungen abgehalten werden.

Berlin, 19. Mai. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat bei dem Reichstagspräsidium erneut die Einberufung des Reichstages zum 24. Mai beantragt.